

Medienmitteilung

Dienstag, 23. März 2010

Mit Unternehmergeist und Selbstvertrauen aus der Krise

Jahresmedienkonferenz economiessuisse 2010

Die Schweizer Wirtschaft hat das Jahr 2009 im internationalen Vergleich verhältnismässig gut gemeistert. Die gefühlte Krise ist indes deutlich heftiger. economiessuisse will die Akzeptanz der Wirtschaft in der Gesellschaft stärken. Der Dachverband der Wirtschaft ruft deshalb zu unternehmerischer Verantwortung und Selbstvertrauen auf.

Die Schweizer Wirtschaft ist im letzten Jahr um 1,5 Prozent geschrumpft. Damit steht die Schweiz im Vergleich zum europäischen Ausland gut da. Allerdings: „Die gefühlte Krise ist weit heftiger als die tatsächlich messbare Krise“, schildert Gerold Bühler, Präsident von economiessuisse, die Stimmungslage. Er ruft die Unternehmen deshalb auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Langfristige Unternehmensziele, Verlässlichkeit und Transparenz sind heute wichtiger denn je. Entscheidend ist auch, dass die Schweiz in aussenpolitischen Fragen geschlossen auftritt, statt sich in die Defensive drängen zu lassen. Denn Aussenpolitik muss immer auch Aussenwirtschaftspolitik sein. So sichert der bilaterale Weg den Marktzutritt zur EU und gewährleistet gleichzeitig eine möglichst grosse Autonomie in der Wirtschaftspolitik. Die europapolitische Lageanalyse von economiessuisse zeigt aber auch, dass es in Zukunft für die Schweiz anspruchsvoller sein wird, mit der EU neue Abkommen zu schliessen. Trotzdem steht für Gerold Bühler fest: „Es gibt keine Alternative zum bilateralen Weg.“

Schwierige Situation der Industrie nicht unnötig erschweren

Johann N. Schneider-Ammann, Vizepräsident von economiessuisse und Präsident von Swissmem, zieht für die Schweizer Industrie eine durchgezogene Bilanz. In einzelnen Unterbranchen gingen die Aufträge 50 bis 60 Prozent zurück. Die Schweizer Industrie scheint sich jedoch auf tiefem Niveau gefangen zu haben. Der gegenwärtig schwache Euro beeinträchtigt aber die Erholung. Angesichts des schwierigen Umfeldes ist es wichtig, dass die Schweiz keine kontraproduktiven Sonderzüge fährt. Im Rahmen der Klimapolitik wäre es weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll, die Treibhausgasemissionen vollständig im Inland reduzieren zu müssen. Johann N. Schneider-Ammann wehrt sich auch gegen Versuche, Werk- und Finanzplatz gegeneinander auszuspielen. Der Swissmem-Präsident hält fest: „Wir unterstützen die Bankiervereinigung in ihren Bemühungen, möglichst rasch und klar aus der momentanen Belagerungssituation herauszufinden.“ Die Übernahme von Artikel 26 des OECD-Musterabkommens, die Weissgeldstrategie und die Abgeltungssteuer sind dazu der richtige Weg.

Selbstvertrauen statt Selbstzerfleischung!

Das Verschuldungsniveau der Schweiz ist laut Pascal Gentina, Vorsitzender der Geschäftsleitung von economiesuisse, auch nach der Krise moderat. Andere Länder können das nicht von sich behaupten. Die Schweiz ist trotz der kommenden Herausforderungen für die Zukunft gerüstet. Es gibt keinen Grund, sich permanent selbst infrage zu stellen und Wettbewerbsvorteile voreilig preiszugeben. Im Gegenteil: Die Schweiz muss sich auf ihre Stärken besinnen, denn der Druck aus dem Ausland wird angesichts der hohen Staatsschulden vieler Länder noch steigen. „Wenn wir unsere strategischen wirtschaftspolitischen Interessen nicht selbstbewusst und mit einer Stimme verteidigen, erweisen wir unserem Land keinen Dienst“, appelliert Pascal Gentina an den Zusammenhalt im Land. „Dem Druck von aussen müssen wir konsequent entgegenstehen – mit Zuversicht, Gelassenheit und Einigkeit.“

Rückfragen:
Urs Rellstab
Telefon: 079 669 56 10
urs.rellstab@economiesuisse.ch

Jahresmedienkonferenz von economiesuisse

Dienstag, 23. März 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Mit Unternehmergeist aus der Krise

Gerold Bührer, Präsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Zweifellos erlebte die Schweizer Wirtschaft 2009 einen markanten Einbruch. Sie ist im letzten Jahr um 1,5 Prozent geschrumpft. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Die Rezession war real. Sie lässt sich nicht wegdiskutieren. Und lassen Sie mich das deutlich sagen, auch aus Sicht der Wirtschaft nehmen wir die Sorgen um die Arbeitsplätze ernst. Allerdings war die Rezession in der Schweiz im Vergleich zum europäischen Ausland bedeutend weniger stark ausgefallen. Im Durchschnitt des Euroraums sank die Wirtschaftskraft um 3,8 Prozent, in Deutschland – nach wie vor der wichtigste Exportmarkt für Schweizer Produkte – resultierte 2009 eine um 4,8 Prozent geringere Wirtschaftskraft als im Vorjahr. Auch wenn unsere Wirtschaft nicht im Schuss ist. Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass es uns im Vergleich zu unseren Nachbarn immer noch deutlich besser geht.

Darauf dürfen wir zu Recht auch stolz sein. Die grosse Mehrheit unserer Unternehmen ist gut aufgestellt. Sie sind fit. Frühere Restrukturierungen zahlen sich aus. **Auch was den Wirtschaftsstandort betrifft, profitieren wir heute von früheren Reformen. Die Schweiz ist für Unternehmen attraktiv. Dank der Personenfreizügigkeit ziehen wir auch gut ausgebildete Arbeitskräfte an, das steigert die Produktivität und gibt Wachstumsimpulse.**

Insgesamt: Die Fakten sprechen für die Schweiz. Die „gefühlte Krise“ ist jedoch weit heftiger als die tatsächlich messbare Krise. Es ist wie mit einer starken, winterlichen Bise. Die Temperatur fühlt sich weit kälter an, als dass sie tatsächlich ist. So ist es auch mit der momentanen Stimmung in unserem Land.

Selbst ein Blick auf die für die Bevölkerung massgebliche Beschäftigungslage macht dies deutlich. Auch wenn wir am Arbeitsmarkt noch keine Entwarnung geben können. Die Arbeitslosenquote in der Schweiz ist zumindest weit positiver als erwartet. Sie macht mit 4,4 Prozent weniger als die Hälfte des Wertes in der EU aus. Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft ist dank entschlossenem Handeln weiter gestärkt worden. So beginnen sich die Exporte gegenüber den tiefen Zahlen vom letz-

ten Jahr bereits wieder zu erholen: Mit den Anstrengungen dürfen wir jedoch auf allen Ebenen nicht nachlassen. Die wirtschaftliche Situation bleibt nämlich labil, obwohl auch economiesuisse mit einem moderaten Wachstum in diesem Jahr rechnet. **In den kommenden Jahren wird sich aber die gigantische Verschuldung der OECD-Länder in Form von Steuererhöhungen und Ausgaben senkungsprogrammen als gefährliche Wachstumsbremse entpuppen.** Die eigentlichen Wachstumstreiber bleiben primär aussereuropäische Märkte.

Weit schwieriger zu bewältigen ist die „gefühlte Krise“. Sie schlägt sich nieder im Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Wirtschaft und die Politik. Was müssen wir für Konsequenzen aus der Wirtschaftskrise ziehen? Und wie können wir verhindern, dass wir jenseits der Fakten durch die Stimmung noch weiter ins Loch der Wirtschafts- und Vertrauenskrise gerissen werden? Dazu möchte ich fünf Themenbereiche ansprechen:

1 Das Rollenverständnis der Wirtschaft – Lehren aus der Krise

Weltweit stösst neben der Politik auch die Wirtschaft in der Folge der Finanzkrise, der Rezession und der Verschuldungsspirale auf Akzeptanzprobleme. **Es ist nachvollziehbar, dass von der Gesellschaft nicht akzeptiert wird, wenn auch bei Misserfolgen Unternehmensleitungen mit Millionenboni abgegolten werden.** Dem ist aus meiner Sicht in erster Linie durch eigenverantwortliches Handeln der Verantwortlichen ein Riegel zu schieben.

Für die Fragen der Entlohnung von Publikumsgesellschaften braucht es im Zusammenhang mit den Diskussionen um die „Initiative gegen die Abzockerei“ **klare Regeln zur Verbesserung der Transparenz und der Mitwirkung der Aktionäre.** Für uns steht nach wie vor eine den Missbrauch bekämpfende, gleichzeitig die Standortinteressen aber wahrende Lösung im Vordergrund. Aus diesen Überlegungen heraus und mit Blick auf eine baldige Umsetzung erscheint uns ein indirekter Gegenvorschlag optimal. Nicht zuletzt auch deshalb, weil unserem Land dadurch in einer schwierigen Phase allenfalls ein zermürender Abstimmungskampf erspart werden könnte.

Wahrscheinlich haben wir aufseiten der Wirtschaft in der Vergangenheit Missstände nach aussen hin nicht immer deutlich genug verurteilt. Insbesondere der Unmut über leicht medialisierbare Fehlentwicklungen bei der Honorierung einzelner Exponenten belastet seit einiger Zeit das Klima. **Die Unternehmen sind Teil unserer Gesellschaft. Das Verhalten und die gelebten Werte seitens der Wirtschaft müssen daher von der Bevölkerung nachvollzogen werden können.** In unserer direkten Demokratie bleibt gerade auch für die Wirtschaft ein gerüttelt Mass an Bodenhaftung unabdingbar. **Ich wehre mich jedoch entschieden dagegen, dass das Unternehmertum als Ganzes von der Diskussion in Geiselnhaft genommen wird.** Gerade in dieser Wirtschaftskrise erlebe ich viele Unternehmer und Manager, die zu ihren Unternehmen stehen und mit ihrem privaten Vermögen und Verzichtsleistungen in schwieriger Zeit investieren und Arbeitsplätze sichern. Nur so war es schliesslich möglich, dass die Arbeitslosigkeit nicht stärker nach oben schnellte. Dieser Unternehmergeist, zusammen mit dem konstruktiven Dialog zwischen den Sozialpartnern, macht die Schweizer Wirtschaft stark und in der Krise auch robust.

Wenn die Gesellschaft nach sicheren Arbeitsplätzen verlangt, geht dies paradoxerweise nur, wenn die Unternehmen auch vom Umfeld her Risiken eingehen können. Dies wiederum funktioniert nur, wenn die unternehmerische Freiheit gewährleistet bleibt. Nur so kann letztlich auch Wohlstand generiert werden. Für dieses Verständnis müssen wir trotz, ja gerade wegen des Gegenwindes für freiheitliche Werte kämpfen. Da sehe ich für economiesuisse in Zukunft mehr denn je eine zentrale Aufgabe. Denn mit einer Vollkasko mentalität und weiteren Einengungen der Märkte würden wir die Wirtschaft ab und belasten damit das Fundament für den sozialen Ausgleich.

2 Herausforderungen für den Finanzplatz – neue Strategie entschlossen umsetzen

economiesuisse unterstützt die Finanzplatzstrategie des Bundesrats mit dem Fokus auf das Geschäftsmodell mit versteuerten Geldern. Mit Blick auf den Druck von aussen ist in diesem Dossier **vom Bundesrat und der Wirtschaft jedoch geschlossenes und entschlossenes Handeln dringend geboten**. Die Erosion bei grundsätzlichen Positionen läuft Gefahr, weitere Begehrlichkeiten zu wecken. Lassen Sie mich zu der da und dort wieder aufgeflamnten These gegensätzlicher Interessen zwischen Werkplatz und Finanzplatz Folgendes klarmachen: Die Stärke der Schweiz beruht darauf, dass sie über einen konkurrenzfähigen Werk-, Dienstleistungs- und Finanzplatz verfügt. In diesem konstruktiven Sinne verlaufen denn auch die Diskussionen im Rahmen der economiesuisse.

3 Wirtschaft – auf Verlässlichkeit und Langfristigkeit setzen

Die Finanzkrise hat grosse Risiken zutage gebracht. In der Zwischenzeit wurden diese zwar stark abgebaut. Eines haben wir sicher gelernt: Risiken darf man nicht einfach mit dem Rechenschieber beurteilen. Zur Einordnung von Risiken braucht es auch eine vernetzte Betrachtung. Die Risiken lassen sich auch nicht einfach abdelegieren. Trotz ausgebauter Compliance-Abteilungen bleibt die Verantwortung letztlich bei der Unternehmensleitung. Wenn immer und überall neue Kontrollen und Kontrollmechanismen gefordert werden, muss man sich bewusst sein, dass dies alles auch kostet. Bei der legitimen Frage nach Verbesserungen müssen daher die Qualität und die Verhältnismässigkeit gebührend Beachtung finden. **Gefragt sind nicht Hektik und Profilierung um jeden Preis, sondern Besonnenheit und Verlässlichkeit**. Am Schluss müssen die Führungspersonen ihre Verantwortung wahrnehmen und dabei die langfristige Unternehmensentwicklung ins Zentrum stellen.

4 Unsere Beziehungen nach aussen – sich nicht in die Defensive drängen lassen

Aus Sicht der EU ist die Schweiz nach den USA, China und Russland der viertgrösste Handelspartner. Wir leben mit dem Selbstverständnis des Kleinstaats, aber wirtschaftlich sind wir ein „Powerhouse“. Das hat Konsequenzen. Wir haben uns in verschiedenen Bereichen zum ernsthaften Konkurrenten entwickelt. Andere Staaten sehen uns vermehrt als Bedrohung im Standortwettbewerb und nicht nur als gute Freunde. **Wenn andere ihre Ellenbogen einsetzen, dürfen wir nicht sofort in die Defensive geraten**. Wir müssen uns damit abfinden, nicht „everybody's Darling“ zu sein.

Wir müssen mehr denn je unsere Interessen vertreten. Unsere Aussenpolitik muss daher immer auch Aussenwirtschaftspolitik sein. Unsere Stärken sollten wir gegen aussen vermehrt ausspielen. In Krisenzeiten braucht es dazu aber Geschlossenheit. Doch gerade in Krisenzeiten neigen wir in der Schweiz zur medialen Selbstzerfleischung.

Als Schaffhauser weiss ich, wenn die Bise über den Randen fegt, muss man sich warm anziehen. Es kommt auf die Schichten an. Dünnhäutigkeit kann sich unser Land nicht länger leisten. Bei einem Räuspern von aussen dürfen wir weder sofort umfallen, noch in Orientierungslosigkeit verfallen.

5 Zur Europapolitik – keine Alternative zum bilateralen Weg

In der Aussenwirtschaftspolitik kommt allein schon aufgrund der engen Verflechtung dem Verhältnis zur EU ein zentraler Stellenwert zu. Aus diesem Grund überprüft economiesuisse die Europapolitik in regelmässigen Abständen. Der Dachverband verfolgt dabei einen pragmatischen Ansatz. Im Nachgang zur gestrigen Klausurtagung des Vorstands werden wir in diesem Frühling den detaillierten Bericht vorstellen. Der Bericht bewertet sechs europapolitische Szenarien und untersucht bestehende und mögliche Verhandlungsdossiers. **Die Bewertung der sechs Szenarien erfolgt anhand der gesamtwirtschaftlichen Kriterien Wettbewerbsfähigkeit, Marktzugang und Souveränität der Wirtschaftspolitik**.

Bei den einzelnen Verhandlungsdossiers werden die jeweils branchen- oder fachspezifischen Bedingungen aufgestellt. Angesichts der hohen Regulierungsdynamik handelt es sich bei den Verhandlungsdossiers um „moving targets“, wo auch innerhalb der EU noch vieles offen ist. Dies ist insbesondere bei der Weiterentwicklung des Steuerrechts und bei den Finanzdienstleistungen der Fall. Gegenwärtig ist unklar, ob es überhaupt zu Verhandlungen über ein allfälliges Finanzdienstleistungsabkommen zwischen der Schweiz und der EU kommen wird. Denn bis anhin verlangt die EU eine Übernahme sämtlicher Regeln für die Dienstleistungen, und ein solches umfassendes Paket wurde vom Bundesrat unlängst abgelehnt.

Übergeordnetes Ziel der Europapolitik muss es bleiben, den Marktzutritt sicherzustellen und eine möglichst hohe Souveränität der Wirtschaftspolitik zu erhalten. Dies ist mit dem bilateralen Weg bisher gut gelungen. Die Lageanalyse zeigt klar, dass es in den kommenden Jahren für die Schweiz schwieriger sein wird, mit der EU Regelungen zu treffen. Der Hauptgrund hierfür liegt in der grösseren Heterogenität der Wirtschaftsinteressen innerhalb der EU und der gravierenden strukturellen Probleme der meisten Mitgliedstaaten. **Dennoch bleibt nach Abwägen aller Vor- und Nachteile der bilaterale Weg die beste europapolitische Option. Es gibt dazu keine Alternative.**

Ein Aspekt, der in diesem Zusammenhang oft vernachlässigt wird, sind die Kosten der Regulierung. Diese Kosten für die EU-Unternehmen wurden auf knapp 420 Milliarden Euro jährlich beziffert – wohl gemerkt von der EU-Kommission. Diese Bürokratielawine soll nun um 25 Prozent reduziert werden. Aus Sicht der Unternehmen schwächen derart hohe Regulierungskosten die globale Wettbewerbsfähigkeit erheblich. Vor diesem Hintergrund ist auch die Tatsache nicht überraschend, dass die Schweiz im Ranking vor den EU-Staaten steht und gemäss WEF zu den wettbewerbsfähigsten Ländern gezählt wird. Dazu kommt, dass wir bezüglich Freihandelsabkommen mit aufstrebenden aussereuropäischen Ländern über mehr Handlungsspielraum verfügen.

Doch die Schweiz muss ihren wirtschaftspolitischen Spielraum vernünftig nutzen! Die ungeachtet der hohen Wettbewerbskraft schlechte Befindlichkeit darf nicht zu einer Blockade bei marktwirtschaftlichen Reformen und zu einer Einengung der unternehmerischen Flexibilität führen. **Mit Sorge betrachten wir daher abschottende Tendenzen und den Hang zur Überregulierung, und zwar in der Schweiz wie auch in der EU.**

Wenn der bilaterale Weg in nächster Zeit schwieriger wird, liegt dies übrigens auch daran, dass die Auseinandersetzungen innerhalb der EU intensiver geworden sind. Es wäre aber falsch zu hoffen, als EU-Mitglied wäre die Schweiz einem geringeren politischen Druck ausgesetzt. Im Gegenteil: **In der EU wird auch in den kommenden Jahren als Folge der gigantischen Staatsverschuldung der Steuerdruck und der Kampf gegen attraktive Steuerdestinationen anhalten.**

Im Jahresbericht hat economiesuisse erneut die Schwerpunkte aufgearbeitet. Jedes unserer zentralen Themen begleiten wir mit konkreten Forderungen, um den Standort zu verbessern. **Der Bise zum Trotz müssen wir auch heute erst recht den marktwirtschaftlichen Kurs halten und die finanzpolitische Solidität wahren.** Nur so können wir auch kommenden Krisen aus einer Position der Stärke begegnen. Damit schaffen wir jene wirtschaftlichen Opportunitäten, um die uns andere später beneiden. Nicht Mammutkonjunkturprogramme, sondern eine langfristige Wachstumspolitik auf marktwirtschaftlicher Basis ist auch zukünftig der Weg zum Erfolg.

Jahresmedienkonferenz von economiesuisse

Dienstag, 23. März 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Lage der Industrie, Währungsproblematik, Energie, Werkplatz und Finanzplatz

Johann N. Schneider-Ammann, Vizepräsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Lage der Industrie

Die Schweizer Wirtschaft hat sich 2009 im Vergleich zu anderen Ländern gut geschlagen. Das gilt selbstverständlich auch für die Industrie, wobei es innerhalb unseres Sektors durchaus auch unterschiedliche Entwicklungen gegeben hat. So konnte sich beispielsweise die Pharmaindustrie dem weltweiten Konjunkturreinbruch viel stärker entziehen als etwa die MEM-Industrie. Für die MEM-Industrie zeigen die Zahlen Einbrüche, wie sie noch nie verzeichnet wurden. Konkret:

Wenn wir für die gesamte MEM-Industrie von einem Auftragsrückgang von 25 Prozent reden, dann ist das ein Durchschnittswert. In gewissen Unterbranchen war der Einbruch deutlich grösser, da reden wir von 50 Prozent, von 60 Prozent. Und dennoch: Selbst in diesem vergangenen schlechten Geschäftsjahr hat die MEM-Industrie mit über 35 Prozent der Schweizer Exporte einen grossen Teil der industriellen Wertschöpfung in der Schweiz erbracht.

Mit Fug und Recht können wir behaupten: Grund für den Einbruch ist nicht, dass wir international heute weniger konkurrenzfähig wären als noch vor einem Jahr, oder anders gesagt: Wir haben nicht etwa Marktanteile verloren gegenüber unseren Konkurrenten aus Deutschland, Italien oder Japan. Weltweit ist der Einbruch unserer Industrie eine Folge der globalen Rezession.

In unserer Industrie hat sich die Exportentwicklung je nach Subbranche sehr unterschiedlich entwickelt, obschon die Tendenz klar negativ war. Auch innerhalb eines Segments unserer Industrie wie zum Beispiel dem Maschinenbau gibt es Unterschiede. Im Bereich Werkzeugmaschinen und Textilmaschinen beträgt der Exportrückgang im Jahr 2009 über 40 Prozent, während der Rückgang im Bereich Verpackungs- und Abfüllmaschinen etwas moderater ausgefallen ist (-17,9 Prozent).

Einige Lichtblicke sind bereits erkennbar. Aufgrund des starken Einbruchs sind diejenigen Sektoren, die zuerst von der Krise betroffen waren, auch die ersten, die sich langsam wieder etwas erholen können. Im letzten Quartal 2009 betrug der Rückgang beispielsweise bei den Textilmaschinen –6,3 Prozent gegenüber dem vierten Quartal 2008. Diese nicht mehr gar so schlechten Veränderungsdaten sind zwar sehr erfreulich, jedoch befindet sich dieser Sektor weiterhin auf sehr tiefem Niveau.

Wie sieht nun die Einschätzung der Exportindustrie für die nächsten zwölf Monate aus?

Gestützt auf unsere Quartalsumfrage bei den Swissmem-Mitgliedfirmen erwarten mehr als die Hälfte der befragten Firmen beim Auftragseingang aus dem Ausland für die nächsten zwölf Monate – das ist quasi der Exportausblick – eine bessere und mehr als ein Drittel der befragten Firmen immerhin eine gleiche Entwicklung.

Vor allem auf den asiatischen Märkten erwarten die Firmen positive Impulse. Für Hongkong/China erwarten rund 54 Prozent eine „bessere“ Exportaussicht und nur noch etwa sieben Prozent eine „schlechtere Entwicklung“. In ausgewählten europäischen Absatzmärkten wie zum Beispiel Spanien/Portugal ist hingegen nicht mit nennenswerten Impulsen zu rechnen. Über alle Märkte betrachtet, halten sich die Optimisten und Pessimisten in etwa die Waage. Damit wird deutlich: Wir haben uns gefangen, aber auf verhältnismässig tiefem Niveau. Dieser Stabilität müssen wir Sorge tragen, um darauf aufzubauen und uns für den Aufschwung bereit zu machen.

Die Währungssituation erschwert diesen Weg:

Währungsproblematik – Der schwache Euro: „Bei 1.50 sind wir fit“

Als ob die Bewältigung der weltweiten Rezession nicht schon genug wäre, hat sich jüngst auch noch der Schweizer Franken gegenüber dem Euro aufgewertet. Im vergangenen Jahr bis Mitte Dezember 2009 lag der Euro-Kurs bei 1.51; unterdessen fiel er auf 1.44, zeitweise sogar darunter. Diese Aufwertung kommt in einem sehr ungünstigen Moment. Jetzt leidet auch noch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und es besteht die reale Gefahr, dass auf dem hart umkämpften Markt Anteile verloren gehen – notabene bei einem substanziiell geringeren Marktvolumen.

Nun will ich aber nicht die Nationalbank auffordern, stützend einzugreifen. Dass sie in einem gewissen Masse die aktuelle Aufwertung des Schweizer Frankens gegenüber dem Euro zulässt, verstehen wir als einen Beitrag zur Vermeidung zukünftiger Inflation. Denn für uns ist klar, dass die enorme Liquidität, die im Nachgang zur Pleite von Lehman Brothers geschaffen wurde, rechtzeitig von der SNB wieder zurückgenommen werden muss, denn die Notenbankgeldmenge ist innert kürzester Zeit immerhin um mehr als das Zweieinhalbfache angestiegen. Mit der Abschöpfung dieser Liquidität soll vermieden werden, dass es nicht etwa in naher Zukunft, konkret sind rund zwei Jahre gemeint, zu einer Inflation kommt. Denn Inflation, verstanden als eine Jahresrate von über zwei Prozent, würde unserer Industrie erst recht das Leben schwer machen.

Deshalb bleibt uns nichts anderes übrig, im Sinne einer mittelfristigen Perspektive diese kurzfristig bittere Pille zu schlucken. Allerdings, und da mach ich auch kein Hehl daraus: Irgendwann ist dann die Schmerzgrenze wirklich erreicht. Aber das ist sich auch die SNB bewusst, wenn sie sagt, sie wolle eine „übermässige“ Aufwertung nicht zulassen. Stellt sich nur noch die Frage: Was ist übermässig? Und hier kann ich festhalten: Unsere Unternehmen sind zurzeit fit für einen Kurs bei 1.50. Was tiefer geht bedeutet Massnahmen, die helfen, die Produktivität zu steigern.

Da ist es wichtig, dass wir in anderen Bereichen nicht Sonderzüge fahren, und das bringt mich zur Energie- und insbesondere zur Klimapolitik:

CO₂-Gesetz: Kein Schweizer Alleingang in der Klimapolitik

Grundsätzlich dürfen wir mit Stolz einmal feststellen, dass die Schweiz als eines der wenigen Länder die Kyoto-Ziele erreichen wird. Und dies ist nur dank dem Beitrag der Wirtschaft überhaupt erst möglich geworden. Auf Basis der freiwilligen Massnahmen haben zahlreiche Unternehmen mit der Energieagentur der Wirtschaft konkrete Reduktionsziele vereinbart, so zum Beispiel auch mit der Zementindustrie. Allein die Schweizer MEM-Industrie hat ihre CO₂-Emissionen seit 1990 um 45 Prozent gesenkt.

Zu unserem grossen Erstaunen, aber auch Erschrecken haben wir nun vernommen, dass die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (UREK-N) in der Revision des CO₂-Gesetzes Beschlüsse gefasst hat, die weit über die vom Bundesrat festgelegten Ziele hinausgehen. So soll die Reduktion der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent gänzlich im Inland erfolgen und die Möglichkeit von Auslandkompensationen ist nicht mehr vorgesehen, wie dies der Bundesrat vorgeschlagen hat. Zudem soll der Bundesrat die Möglichkeit erhalten, das Reduktionsziel sogar auf 40 Prozent zu erhöhen, sofern dieses im Einklang mit internationalen Vereinbarungen steht.

Wie diese Ziele erreicht werden sollen, hat die UREK-N weitgehend offengelassen. Wenn wir aber ältere Berechnungen des Bundes (etwa die Energieperspektiven des BFE) zurate ziehen, wird klar, dass eine so formulierte Zielsetzung mit substantiell höheren CO₂-Vermeidungskosten verbunden wäre als eine ausgewogene In- und Auslandstrategie. Gemäss den Energieperspektiven des Bundes müssten die fossilen Brenn- und Treibstoffe um mindestens 100 Prozent gegenüber den heutigen Preisen angehoben werden, um das Reduktionsziel auf diesem Weg erreichen zu können. Die Kosten zur Einsparung von einer Tonne CO₂ würden sich auf über 200 Franken belaufen. Zum Vergleich: Mit der gleichen Geldsumme könnten auf dem internationalen Markt über zehn Tonnen CO₂ vermindert werden. Ein solcher Weg kann weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll sein.

Diese Verschärfung der nationalen Klimaziele ist völlig ungeachtet des Ausgangs der Klimaverhandlungen in Kopenhagen vom Dezember 2009 erfolgt. Kopenhagen hat bekanntlich vorerst zu keinen verbindlichen Entscheiden geführt, die internationalen Verhandlungen ziehen sich weiter. In diesem Umfeld kommt der Entscheid der UREK-N letztlich einem schweizerischen Alleingang in der Klimapolitik gleich, selbst wenn die EU auch eine solche Zielsetzung formuliert haben soll. Erstens umfasst die EU eine grosse Anzahl Länder, sodass viel mehr Handlungsspielraum besteht, im sogenannten „Inland“ zu kompensieren. Und zweitens ist EU dann halt doch nicht die ganze Welt! Immerhin ein Drittel der MEM-Exporte werden ausserhalb der EU abgesetzt, und auch auf diesen Märkten stehen die Schweizer Industrieunternehmen mit bedeutenden Konkurrenten aus nicht EU-Staaten in Konkurrenz. Dagegen verwehren wir uns im Interesse des Schweizer Industriestandorts. In der Klimapolitik soll, muss und kann nur international abgestimmt vorgegangen werden. Ein Vorpreschen der Schweiz benachteiligt die hiesigen Industrieunternehmen im internationalen Wettbewerb und vermag den globalen Klimawandel nicht zu beeinflussen. Im Extremfall wird die Produktion an andere Standorte verlagert. Dann fallen die CO₂-Emissionen einfach woanders an, und wir verlieren auch noch unsere Industriearbeitsplätze. Die Schweiz muss ihre klimapolitische Verantwortung wahrnehmen, darf dabei aber nicht ihre Industrie opfern. Die Industrie hat ihre Hausaufgaben in der Vergangenheit gemacht. Wir unterstützen sogar im Wesentlichen die Vorschläge des Bundesrats für die Revision des CO₂-Gesetzes, nicht aber diesen Kurswechsel der UREK-N, denn er setzt ein Erfolgsmodell aufs Spiel.

Werkplatz und Finanzplatz

Ich will meine Ausführungen nicht schliessen, ohne meinerseits ein paar Bemerkungen zum Verhältnis des Arbeitsplatzes zum Finanzplatz gemacht zu haben. Zu billig ist es, immer wieder den Versuch zu unternehmen, einen Keil zwischen die beiden Sektoren zu treiben. Offenbar will man uns so sehen.

Die Swissmem kämpft für den Erhalt und die Stärkung des Denk- und Arbeitsplatzes Schweiz. Wir kämpfen nicht gegen jemanden. Wir sind hochgradig daran interessiert, im Finanzplatz einen seinerseits starken, nicht auf sich selbst absorbierten Partner zu wissen, dessen vornehmste Aufgabe es ist mitzu- helfen, dass die schweizerische Volkswirtschaft floriert und möglichst vielen Leuten in diesem Land Beschäftigung und Perspektive anbieten kann.

Als Industrielle sind wir gewohnt, langfristig zu denken. Unsere Vorinvestitionen amortisieren sich vielleicht in fünf, vielleicht auch erst in zehn und mehr Jahren. Wenn wir etwas nicht verstehen, dann ist es die Kurzfristigkeit, in der in Teilen der Finanzbranche immer wieder der Erfolg erzwungen werden will. Wissend, dass die Finanzindustrie für den Denk- und Arbeitsplatz Infrastrukturcharakter hat, gibt es keinen Weg an der Notwendigkeit und Tatsache vorbei, dass die beiden Handlungshorizonte besser aufeinander abgestimmt werden müssen.

Das schweizerische Bankkundengeheimnis ist nicht das Problem. Vielmehr geht es aus unserer Sicht darum, wie dieses angewendet wird. Mir scheint die Entwicklung mit OECD 26, „Weissgeld“ und Abgeltungssteuer ein verständlicher und für alle zielführender Weg zu sein. „Weissgeld“ heisst allerdings nicht mehr, als dass sich ein Einleger bekennen muss, dass er sein Vermögen deklariert hat. Damit ist die Verantwortlichkeit immer noch bei ihm alleine. Eine Beweislastumkehr darf daraus nicht entstehen. Und erklärt er sich nicht „clear and net“, hat er immer noch die Chance, dass er in die Abgeltungssteuer einwilligt. Soll auch dies nicht sein, so kann er künftig kein Kunde einer Schweizer Bank mehr sein. Kurz: Wir unterstützen die Bankiervereinigung in ihren Bemühungen, möglichst rasch und klar aus der momentanen Belagerungssituation herauszufinden.

Das Resultat der nationalrätlichen Debatte zur Abzockerei ist bekannt. Im Sommer wird wieder der Ständerat am Zug sein. Aus Sicht des Arbeitsplatzes ist weiterhin zielführend, wenn ein indirekter Gegenvorschlag griffig und parlamentarisch festgezurrert wird, sodass die Initiative im letzten Moment doch noch zurückgezogen werden kann. Die notwendigen Kurskorrekturen müssen dabei durchgesetzt werden und der Standort Schweiz darf sich dabei nicht unnötig einen Dauernachteil eingehandelt haben. Auch in dieser Sache ziehen der Werk- und Denkplatz am gleichen Strick wie der Finanzplatz, vertreten durch die Bankiervereinigung.

Jahresmedienkonferenz von economiesuisse

Dienstag, 23. März 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Selbstvertrauen statt Selbstzerfleischung!

Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die mediale Beobachtung der innenpolitischen Diskussionen über aussenwirtschaftspolitisch sensible Fragen bezeugt tagtäglich: Wir sind in unserem Land Weltmeister der Selbstzerfleischung und im sich Schlechtreden. Und das ungeachtet der nüchternen Fakten. Was bei diesen typischen schweizer-internen Querelen untergeht, ist die Tatsache, dass die Schweiz wohl zu jener Ländergruppe gehört, die die Wirtschafts- und Finanzkrise am vorbildlichsten gemeistert hat. Das bescheinigen uns verschiedene internationale Rankings – auch jenes von BusinessEurope, dem europäischen Dachverband der Wirtschaft. Schon heute können wir wagen zu prognostizieren, dass die Schweiz trotz der unbestreitbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten summa summarum international zu den Gewinnern der Wirtschaftskrise gehört. Schlüssel ist dabei der eigenständige, besonnene und flexible Weg der Schweiz – flankiert durch das bilaterale Vertragswerk mit unseren wichtigen Handelspartnern in der EU. Dies sind Fakten, die in der herrschenden Aufgeregtheit nicht ausgeblendet werden sollten. Aus ihnen dürfen wir Selbstvertrauen schöpfen. Und manchmal würde uns auch mehr Gelassenheit gut anstehen.

Ein paar Fakten zur Erinnerung: Weltweit waren in den Jahren 2008/2009 Fiskalpakete zur Stabilisierung der Konjunktur nötig, die in ihrem Ausmass historisch beispiellos sind. Auch in der Schweiz haben wir mit drei Stabilisierungsprogrammen neben dem geldpolitischen Stimulus der SNB auch mit einem fiskalpolitischen Impuls unsere Wirtschaft vor den Auswirkungen eines drastischen Konjunkturerinbruchs bewahren müssen. In dieser Konstellation hat sich die Schuldenbremse mehr als bewährt. Im Gegensatz zu anderen Ländern hatten wir in guten Zeiten einen finanzpolitischen Spielraum für die Krisenbekämpfung geschaffen – sodass wir auch heute nach der Krise ein moderates Verschuldungsniveau kennen. Diesen Weg der Nachhaltigkeit sollen wir nüchtern weiterfahren, indem wir das Konsolidierungsprogramm konsequent umsetzen und frühzeitig den Geist der Schuldenbremse in die Sozialversicherungen übertragen. Das ist nachhaltig. Das kann allerdings nicht jedes Land von sich behaupten: Die eingegangenen Verpflichtungen erhöhten die Verschuldung der staatlichen Haushalte auf ein Niveau, das sich im OECD-Durchschnitt für 2010 auf 100 Prozent beläuft. Die drastische Erhöhung

der Staatsverschuldung trifft dabei zahlreiche Länder unvorbereitet, denn die verfolgte Finanzpolitik musste bereits vor der Krise vielerorts als nicht nachhaltig bezeichnet werden.

Die Experten sind sich daher einig: Nach der Bewältigung der Konjunkturkrise liegt die Herkulesaufgabe für die Regierungen in der Nachhaltigkeit der verfolgten Finanzpolitik bzw. in der Definition von glaubwürdigen Exit-Strategien. Ansonsten droht den betroffenen Ländern eine Sisyphus-Schuldenspirale, aus der sie kaum herauskommen können und an deren Ende ein Staatsbankrott stehen könnte. Die realen Folgen dieser Fehlentwicklungen sind auch fatal: Die gigantisch angewachsene Zinslast für den Schuldendienst verdrängt massiv andere Staatsaufgaben in den öffentlichen Budgets, insbesondere diejenigen mit investivem Charakter. Andererseits sind soziale Störungen bzw. Unruhen vorprogrammiert, weil das Geld für soziale Anliegen wegen des unweigerlichen Zinsverdrängungseffekts fehlt und gleichzeitig drastische Korrekturen vorgenommen werden müssen, um Exit-Strategien aus der Schuldenkrise glaubhaft zu präsentieren.

Einen ersten Hinweis auf die verheerenden Folgen der überrissenen Staatsverschuldung – gekoppelt mit Trägheit in wirtschaftspolitischen Schlüsselthemen – hat die Griechenlandkrise offenbart: Die Zinsdifferenz zwischen griechischen und deutschen Staatspapieren hat sich massiv ausgeweitet, seit die Märkte die Möglichkeit eines Staatskonkurses nicht mehr ausschliessen. Mit den Spekulationen darüber, ob Griechenland fähig ist, den Schuldendienst sicherzustellen, wurde auch der Euro geschwächt. Man kann sich leicht ausmalen, was passieren würde, wenn nicht Griechenland, sondern ein grösseres Euroland in Refinanzierungsschwierigkeiten und in den Fokus der Märkte geraten würde.

Eine internationale Verschuldungsspirale ist auch für eine verhältnismässig gut gerüstete Schweiz aus vierfacher Hinsicht negativ:

- Erstens steigt das Risiko von Währungsturbulenzen und von einem temporären Überschüssen des Werts des Schweizer Frankens. Die Nationalbank musste bereits in der jüngeren Vergangenheit gegen eine übermässige Aufwertung des Frankens vorgehen. Die Eingriffe in den Markt sind aber für die Erwartungsbildung der Akteure nicht unproblematisch: Die Interventionen am Devisenmarkt können dazu führen, dass sich die Marktteilnehmer zu stark an den heutigen nominalen Wechselkursen orientieren und dass sie sich nicht ausreichend für den Fall einer Aufwertung des Schweizer Frankens absichern.
- Zweitens werden in vielen OECD-Ländern zusätzliche Steuern oder Ausgabenkürzungen notwendig werden, um das Budget einigermassen im Lot zu halten. Dies beschränkt das Wirtschaftswachstum und führt letztlich auch zu einer geringeren Nachfrage nach Schweizer Produkten und Dienstleistungen im Ausland. Dies gilt besonders für eine Exportnation wie die Schweiz.
- Drittens wertet sich der Schweizer Franken vor diesem Hintergrund tendenziell auf und verteuert unsere Produkte im Ausland.
- Viertens wird das grosse Angebot an Staatspapieren möglicherweise zu einem Crowding-out führen: Anleihen von privaten Emittenten werden vom Markt verdrängt oder müssen erheblich teurere Kreditkosten akzeptieren. Eine internationale Verschuldungsspirale ist somit auch für die Schweizer Wirtschaft höchst negativ.

Wenn wir uns nüchtern von den Fakten leiten lassen, müssen wir also feststellen: Die Schweiz ist stark. Klar, die Welt verändert sich und die Schweiz muss sich auch gegenüber neuen Rahmenbedingungen anpassungsfähig zeigen. So bei der Übernahme von Artikel 26 des OECD-Mustersteuerabkommens. Es gibt auch Exzesse und Fehlanreize, die es gilt, gezielt und diskussionslos zu beheben. Es gibt aber keinen Grund, uns permanent auf breiter Front selbst infrage zu stellen und gegenüber dem Ausland alle Wettbewerbsvorteile einseitig und voreilig preiszugeben. Wirre innenpolitische Diskussionen um die Weiterentwicklung des Bankkundengeheimnisses, um die Minder-Initiative, um die kantonalen Steuerregimes oder um die „too big to fail“-Problematik sind beste Beispiele dafür.

Ganz im Gegenteil: Wir Schweizerinnen und Schweizer können uns mit Gelassenheit und Zuversicht auf unsere Stärken besinnen. Gerade auch im Vergleich mit anderen Ländern – die mit explodierender Verschuldung und struktureller Verkrustung zu kämpfen haben: Es bleibt verlockend, sich mit fraglichen moralischen Argumenten am Steuersubstrat der Schweiz zu bedienen. Es bleibt verlockend, der Schweiz Steine in den erfolgreichen bilateralen Weg zu legen. Deshalb müssen wir uns nichts vormachen. Der eigentliche Druck kommt vom Ausland und wird in der nächsten Zeit ansteigen. Wenn wir unsere strategischen wirtschaftspolitischen Interessen nicht selbstbewusst und nicht mit einer Stimme verteidigen, erweisen wir unserem Land keinen Dienst. Wir müssen uns warm anziehen und nach aussen Einheit demonstrieren. Dem Druck von aussen müssen wir konsequent entgegenstehen – mit Zuversicht, Gelassenheit und Einigkeit.

23. März 2010

Jahresmedienkonferenz economiesuisse 2010

Referenten

- ▶ **Gerold Bühler, Präsident economiesuisse**
„Mit Unternehmergeist aus der Krise“
- ▶ **Johann N. Schneider-Ammann, Vizepräsident economiesuisse, Präsident Swissmem**
„Lage der Industrie, Währungsproblematik, Energie, Werkplatz und Finanzplatz“
- ▶ **Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung economiesuisse**
„Selbstvertrauen statt Selbstzerfleischung!“

Jahresmedienkonferenz 2010

Mit Unternehmergeist aus der Krise



Gerold Bühler,
Präsident economiesuisse

Wege aus dem Stimmungstief

Die gefühlte Krise ist heftiger als die tatsächlich messbare! Hier muss der Hebel angesetzt werden:

- ▶ Rollenverständnis der Wirtschaft
- ▶ Konsequenzen für den Finanzplatz
- ▶ Langfristigkeit in der Wirtschaft
- ▶ Aussenbeziehungen
- ▶ Europapolitik

Kernpunkte für den Weg aus der Krise

▶ **Rollenverständnis der Wirtschaft**

Für die Entlohnung von Publikumsgesellschaften braucht es klare Regeln zur Verbesserung der Transparenz und der Mitwirkung der Aktionäre.

▶ **Konsequenzen für den Finanzplatz**

economiesuisse unterstützt die Finanzplatzstrategie des Bundesrates.

▶ **Langfristigkeit in der Wirtschaft**

Die Unternehmensleitung muss ihre Verantwortung wahrnehmen und dabei die langfristige Entwicklung ins Zentrum stellen.

Kernpunkte für den Weg aus der Krise

▶ **Aussenbeziehungen**

Unsere Aussenpolitik muss immer mehr auch Aussenwirtschaftspolitik sein. In Krisenzeiten braucht es Geschlossenheit.

▶ **Europapolitik**

Der bilaterale Weg sichert den Marktzutritt zur EU und gewährleistet eine möglichst hohe Souveränität der Wirtschaftspolitik. Es gibt dazu keine Alternative.

Jahresmedienkonferenz 2010

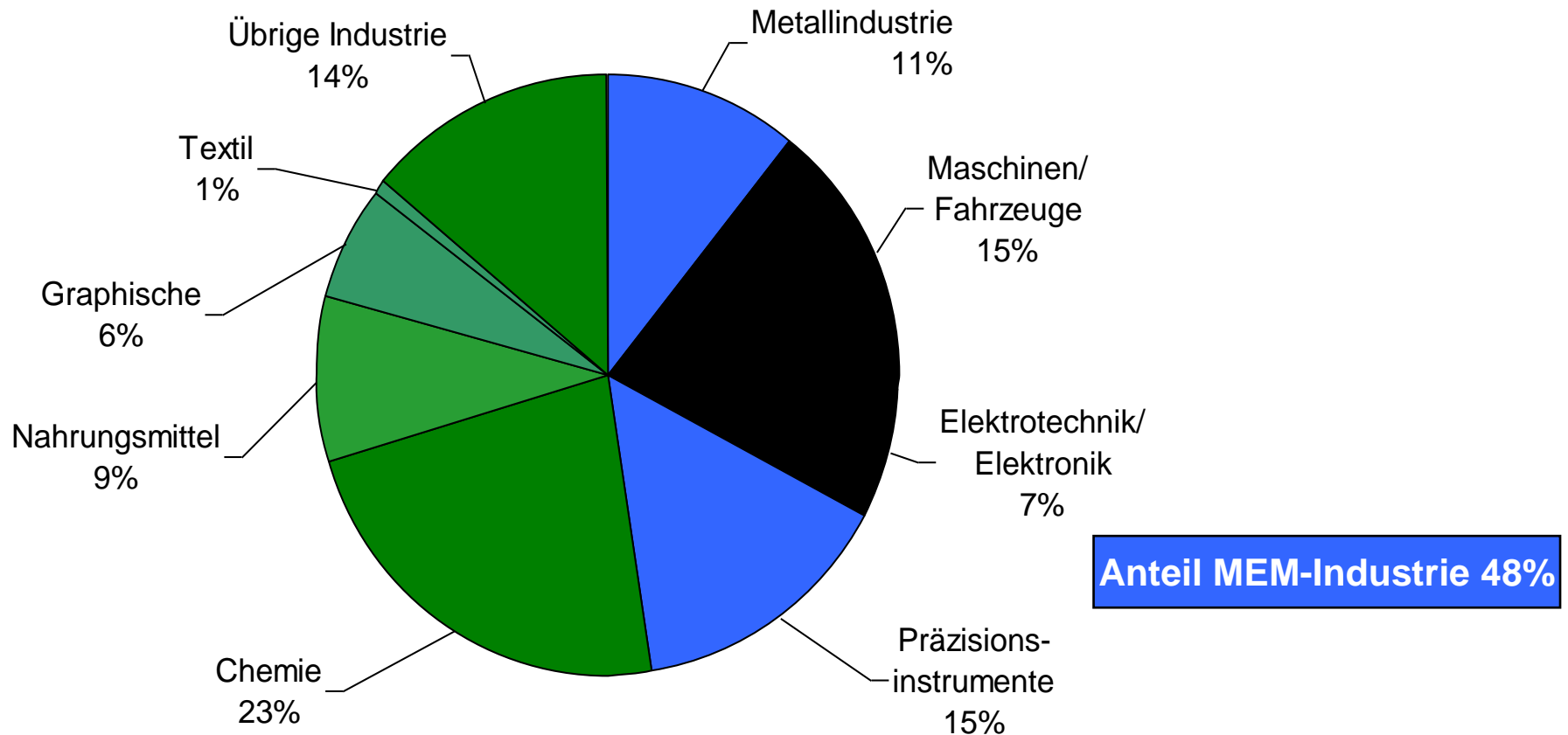
Lage der Industrie, Währungsproblematik, Energie, Werkplatz und Finanzplatz



Johann N. Schneider-Ammann,
Vizepräsident economiesuisse / Präsident Swissmem

Industrielle Wertschöpfung

Gesamte Schweizer Industrie 2009, Branchenanteile in %



Lage der Industrie

- ▶ **Industrie unterschiedlich stark vom Konjunktur-einbruch betroffen:**

Pharma-Industrie gut gehalten.

Rekordhohe Einbrüche in der MEM-Industrie.

- ▶ **Einschätzung für die nächsten 12 Monate:**

50% der MEM-Unternehmen erwarten «bessere» und 35% «gleiche» Entwicklung beim Auftragseingang aus dem Ausland (= Exportausblick).

Positive Impulse vorab aus den asiatischen Märkten (China/Hongkong).

Währungsproblematik

- ▶ **Rasche Aufwertung des CHF gegenüber dem Euro**

Bis Mitte 2009: CHF 1.51/€, unterdessen CHF 1.44/€ .

- ▶ **Verschlechterung der preislichen Konkurrenzfähigkeit**

Gefahr des Verlusts von Marktanteilen bei substantiell geringeren Marktvolumen.

- ▶ **Bei „übermässiger“ Aufwertung des CHF will SNB intervenieren**

Was meint die SNB mit „übermässig“? Zulassung der Aufwertung als Beitrag zur Vermeidung zukünftiger Inflation hat Grenzen.

Klimapolitik

▶ **Schweiz erreicht Kyoto-Ziele**

Nur möglich mit freiwilligen Massnahmen zahlreicher Unternehmen auf Basis der Vereinbarung konkreter Reduktionsziele mit der Energieagentur der Wirtschaft.

▶ **Kein Schweizer Alleingang in der Klimapolitik**

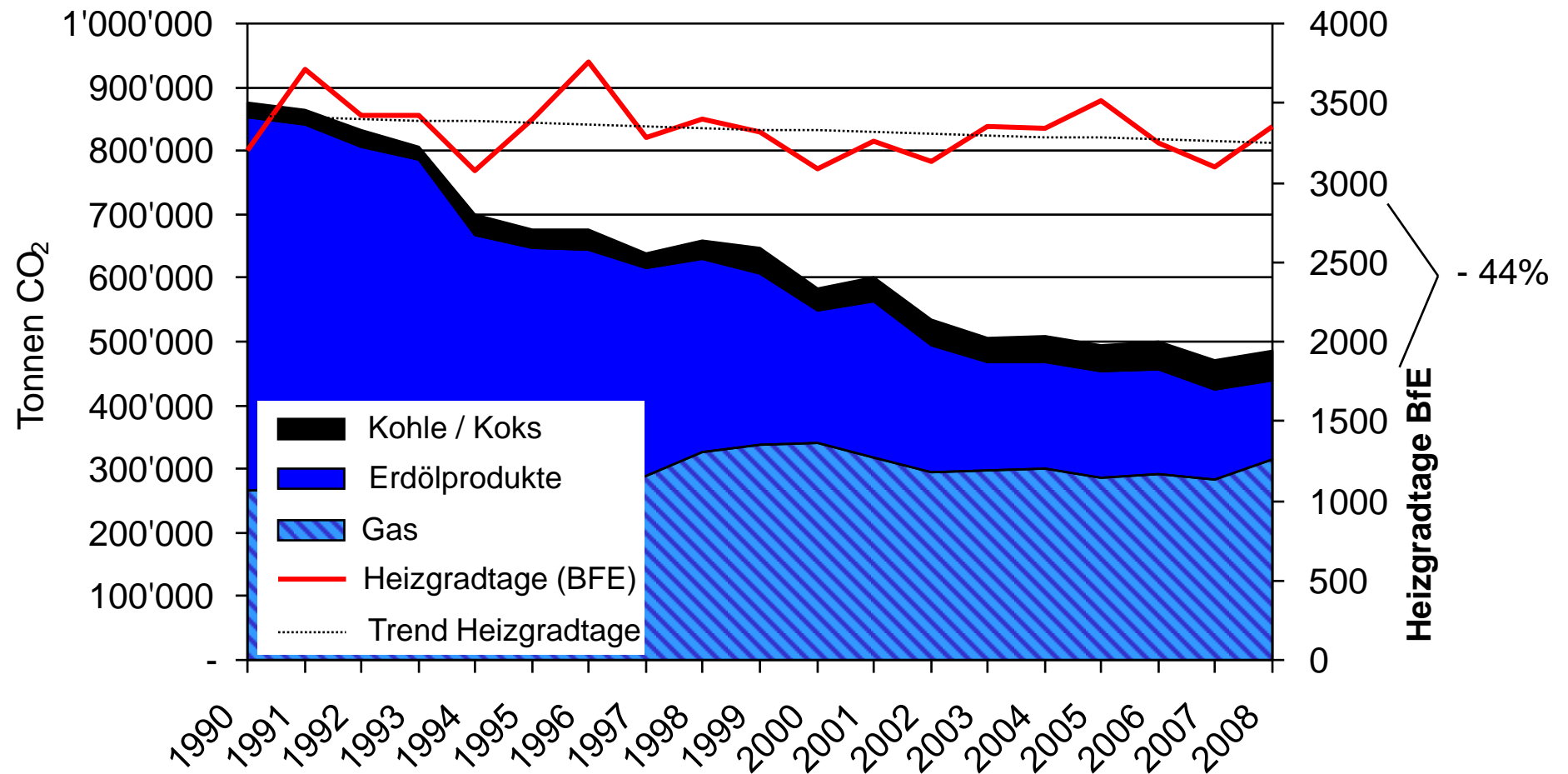
Keine Verschärfung der Klimaziele gegenüber dem Vorschlag des Bundesrates.

*Auslandkompensationen müssen möglich bleiben, da ökologisch **und** ökonomisch sinnvoll.*

Vermeidung von «Carbon leakage» und gleichzeitigem Verlust von Industriearbeitsplätzen.

CO₂-Emissionen der Maschinenindustrie

(Swissmem-Mitglieder)



Werkplatz und Finanzplatz

- ▶ **Hohe gegenseitige Abhängigkeit**

Industrie braucht einen starken Finanzplatz.

- ▶ **«Weissgeldstrategie» und Abgeltungssteuer als zielführender Weg**

Unterstützung der Bankiervereinigung.

- ▶ **Parlamentarische Debatte zur «Abzockerei»**

Werkplatz favorisiert *indirekten* Gegenvorschlag zur Minder-Initiative.

Jahresmedienkonferenz 2010

Selbstvertrauen statt Selbstzerfleischung



Pascal Gentinetta,
Vorsitzender der Geschäftsleitung economisesuisse

Reformbarometer businessseurope

Schweiz in der Spitzengruppe

Above average	Austria - Cyprus - Czech Republic - Denmark - Finland - Germany - Luxembourg - Netherlands - Norway - Poland - Slovakia - Sweden - Switzerland But Losing Ground: Ireland, Slovenia
Below average	But Showing Greater Resilience: Bulgaria, Hungary, France Belgium - Estonia - Greece - Italy - Latvia - Lithuania - Malta - Portugal - Romania - Spain - United Kingdom

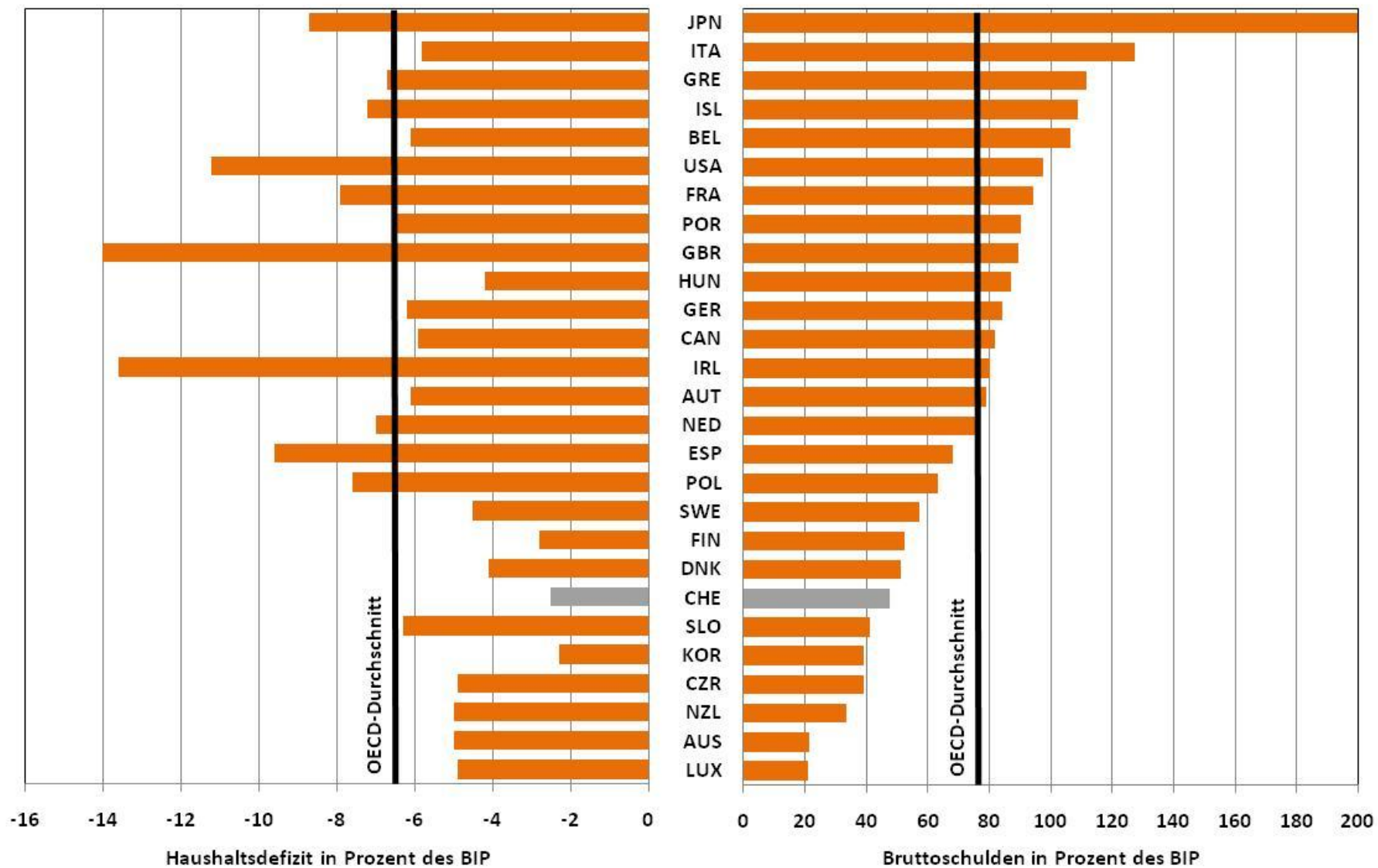
Quelle: businessseurope

Ranking anhand des Reformbarometers

Schweiz als Spitzenreiter

Overall RANK	Country	Change in rank from 2008	GDP per capita (PPP)		Public Finances and Fiscal Sustainability		Productivity, Investment and Competitiveness		Employment, Hours Worked and Labour Participation	
			2009	Change from 2008	2009	Change from 2008	2009	Change from 2008	2009	Change from 2008
1	Switzerland	1	3	1	9	6	2	2	2	2
2	Norway	-1	2	0	10	0	1	0	18	2
3	Luxembourg	0	1	0	11	-3	3	-1	24	1
4	Sweden	1	8	-1	12	7	6	0	22	-4
5	Denmark	2	9	1	17	4	10	-1	9	4
6	Netherlands	0	5	0	18	-1	9	-1	11	10
7	Austria	2	6	0	25	-1	7	0	8	3
8	Germany	3	11	0	23	0	4	-1	25	1
9	Finland	-1	12	0	19	-3	11	0	13	3
10	Czech Republic	2	19	0	6	1	17	1	3	-1
11	Ireland	-7	4	-1	20	-7	12	0	16	-7
12	Slovakia	1	22	0	8	-3	16	0	7	5
13	Cyprus	1	17	0	14	-2	23	-1	1	0
14	Poland	7	25	1	4	5	20	-1	5	3
15	Slovenia	-5	18	0	21	-10	19	-2	4	-1
16	Estonia	-1	24	-1	2	2	24	1	15	-10
17	Belgium	-1	7	1	28	0	5	0	28	0
18	France	2	13	0	24	3	8	2	29	0
19	UK	-2	10	-1	26	-1	15	-1	17	2
20	Bulgaria	3	29	0	1	0	28	-1	20	2
21	Hungary	6	23	1	15	7	18	2	10	4
22	Spain	-4	14	0	13	1	13	0	27	-3
23	Latvia	-1	27	0	5	1	22	6	23	-17
24	Lithuania	-5	26	-1	7	-4	25	-2	19	-9
25	Romania	-1	28	0	3	-1	27	2	12	3
26	Malta	0	20	0	16	2	21	0	21	2
27	Italy	1	15	0	27	2	14	1	26	1
28	Greece	-3	16	0	29	-3	26	-2	6	1
29	Portugal	0	21	0	22	-2	29	-3	14	3

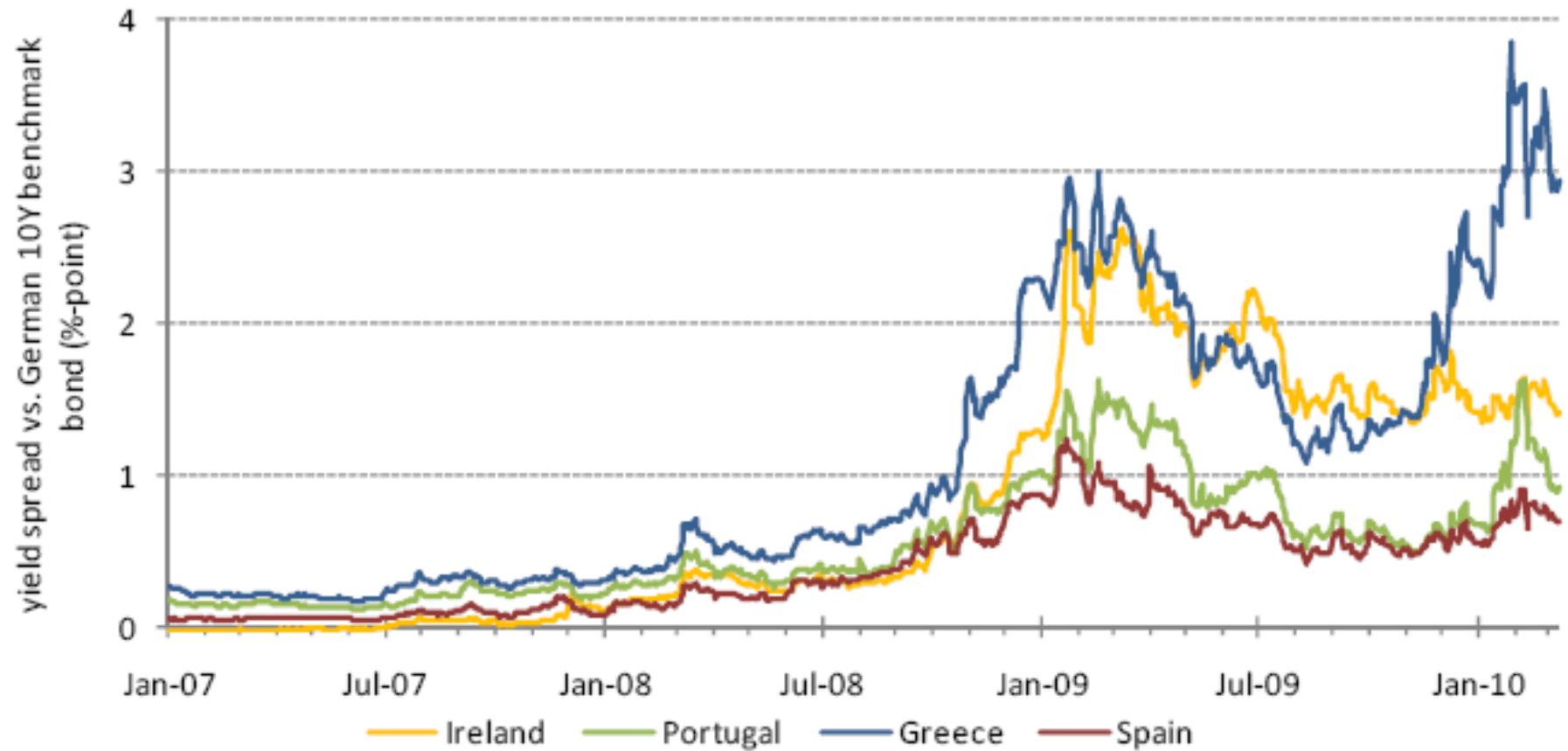
Schweiz: Finanzpolitisch Spitze



Quelle: OECD Economic Outlook No.85 (2009)

Tensions on sovereign bond markets

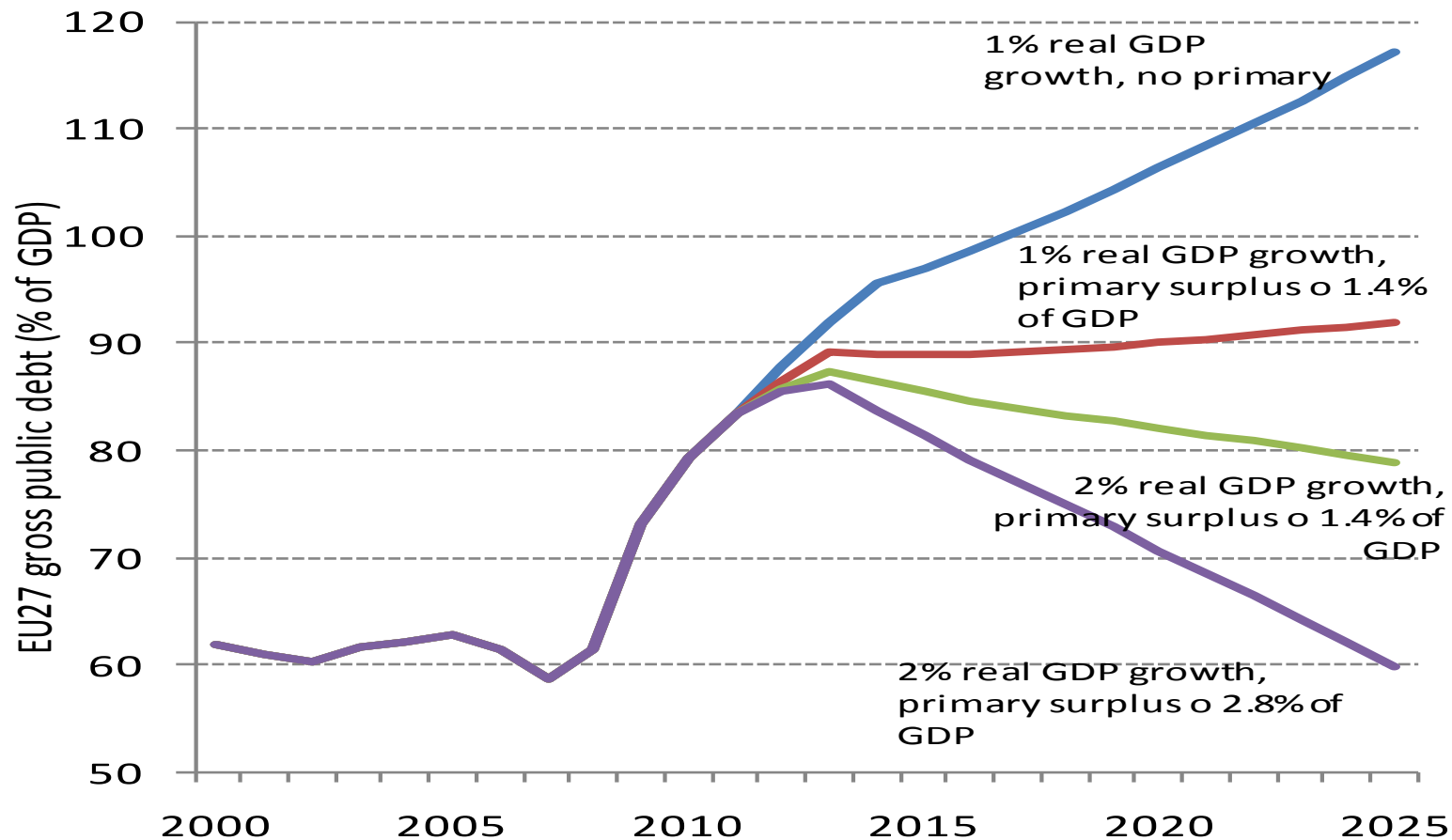
Lasche Finanzpolitik hat ihren Preis



Quelle: *BUSINESSEUROPE, Datastream*

Enormer Konsolidierungsbedarf

Jährliche Überschüsse von 2,8% und gleichzeitig jährliches Realwachstum von 2% während 15 Jahren erforderlich zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien ab 2025



Herzlichen Dank!